

Frau Bezirksbürgermeisterin
Claudia Greven-Thürmer

Kalker Hauptstraße 247 – 273
51103 Köln
Linke-BV8@stadt-koeln.de

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang bei der Bezirksbürgermeisterin: 24.08.2022

AN/1485/2022

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 8 (Kalk)	25.08.2022 TOP 8.2.4

**Grünflächen und Wald statt Beton und Asphalt – Aufstellung eines (Nicht-) Bebauungsplans
ÄA zu TOP 8.2.4 „Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan),
Arbeitstitel: "Oranienstraße" in Köln-Höhenberg,,**

Sehr geehrter Frau Bezirksbürgermeisterin,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

DIE LINKE. Fraktion in der Bezirksvertretung Kalk bittet um Aufnahme des folgenden Änderungsantrags zu TOP 8.2.4 „Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan), Arbeitstitel: "Oranienstraße" in Köln-Höhenberg" auf die Tagesordnung der Sitzung der Bezirksvertretung 8 am 25.08.2021

Beschluss:

Der vorliegende Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

Die Bezirksvertretung Kalk

1. beschließt, nach dem Baugesetzbuch (BauGB) unter Verzicht auf eventuell mögliche beschleunigte Verfahren ein Bebauungsplanverfahren für das Gebiet östlich der Oranienstraße, nördlich der Schulstraße, westlich der Regensburger Straße und südlich der Bebauung Olpener Straße 60–114 —Arbeitstitel: "Oranienstraße" in KölnHöhenberg — einzuleiten mit dem Ziel, öffentliche Grünflächen, Wald und Spielflächen festzusetzen;

2. bittet den Stadtentwicklungsausschuss sich dieser Entscheidung anzuschließen

Begründung:

Auf dem zu beplanenden Gelände besteht seit über 100 Jahren ein Gewerbe. Der Stadt Köln ist es nicht gelungen – oder sie hat es nicht versucht – das zuletzt ansässige Gewerbe, die Firma Kronenbrot zu halten. Im Sinne der Perspektiven 2030+ der Stadt Köln plant diese die Zukunftsstad der kurzen Wege. Dazu wäre es sinnvoll gewesen, wohnortnahes Gewerbe und damit Arbeitsplätze anzusiedeln. Augenscheinlich war das einzige Gewerbe, welches sich für die Fläche interessierte das Immobiliengewerbe. Im Rahmen einer vorausschauenden und Klimawandel angepassten Stadtentwicklung hat die Stadt dann zu entscheiden, ob sie eine als Gewerbegebiet ausgewiesene Fläche umwidmet und wenn ja zu was. Wann und wo das unter Abwägung aller Argumente geschehen ist, ist uns unbekannt.

Tatsächlich kommt ein Investor daher, der günstig Gewerbefläche aufkauft und beantragt, dass daraus Wohnfläche geschaffen wird. Vom Mehrwert des Grundstückes hat die Stadt Köln, nichts. Nun muss man wissen, dass Entwickler weder für Menschen noch für die Stadt bauen, sondern um damit Geld zu verdienen. So wird auch die hier antragstellende BPD Immobilienentwicklung GmbH die Gebäude noch während der Bauphase versuchen an eine Immobilieninvestor zu verkaufen, der diese zwecks Rendite erwerben wird. Daher kann uns die BPD auch heute noch nicht die Mieten der 70 Prozent freifinanzierten Wohnungen mitteilen, da diese erst nach der Kostenkalkulation des späteren Investors errechnet werden.

Das zu beplanende Gelände liegt quasi auf der Grenze zwischen Höhenberg und Vingst. Während Höhenberg durch die dazugehörige Merheimer Heide nur unter 50 Prozent bebaute Fläche hat, liegt der Anteil in Vingst weit über 70 Prozent – das entspricht dem Grünanteil der Stadt Dortmund.

Bei Gesprächen mit den Menschen in Höhenberg und auch in Vingst wurde immer wieder genannt, dass man zu wenige Grünflächen, zu wenige Spielflächen und überhaupt zu wenig Aufenthaltsmöglichkeiten habe. Das was vorhanden sei, sei aber prima.

Für uns ist es daher an der Zeit die Vorherrschaft der Ökonomie über die Politik zu hinterfragen und lieber für die Menschen zu planen.

Heutige Anforderungen und Konfliktlagen der Stadtplanung – Wohnbau für die Vielen, Bodenpolitik und Ressourcenschonung, Migration und Teilhabe – erfordern proaktive radikaldemokratische Stadtplanung, um die Privatisierung städtischer Räume zu stoppen, ehemals privatisierte Flächen zurück zu gewinnen *und* Zukunftsperspektiven einer sozial und ökologisch gerechten Stadt zu entwickeln. Tatsächlich fehlt es an dieser proaktiven Stadtplanung nicht zuletzt wegen der Ausweitung von Kapital-Spielräumen

bei gleichzeitiger Verschlankung der Stadtverwaltungen. Einer der Gründe, weshalb uns dauernd „beschleunigte Verfahren“ und „vorhabenbezogene Bebauungspläne“ vorgelegt werden, denn weder die Politik noch die Stadtverwaltung und viel weniger die Menschen, planen ihre Stadt, sondern das Kapital. Man muss doch die Frage stellen, wer die Planung überhaupt noch plant. Wir haben uns entschieden, dass es die Menschen und ihre Vertreterinnen sein sollten.

Heutige Planung wird geprägt, bestärkt, auch begrenzt, gar durchkreuzt von dogmatischen Imperativen des Wirtschaftswachstums. Das ist insbesondere heute von enormer Tragweite, da etwas dringend notwendige Maßnahmen zur Eindämmung der Folgewirkung der Erderhitzung zurück gedrängt werden zugunsten von Spielraumerweiterungen für das Kapital.

Wir agieren an dieser Stelle anwaltlich und parteiisch für die Menschen die bereits in Höhenberg und Vingst wohnen und nicht für jene, die hierher ziehen sollen, um eine „sozial gewünschte Gentrifizierung“ voranzutreiben.

So wird in Rahmen der Planung ersichtlich werden, dass erneut die erforderliche Grünausgleichsfläche auf dem zu beplanenden Grundstück nicht zu realisieren sei. Aber ja nur, weil es aus Profitgründen bebaut werden soll. Die Planung ist also aus unserer Perspektive dazu da, Mangel durchzusetzen und dann Lösungen anzubieten, wie man ihn beheben kann.

Es ist erschreckend, wie selbstverständlich heute in der Stadtpolitik urbaner Raum hochgradig disproportional zwischen Armen und Reichen aufgeteilt wird. Beispiel: Sitzgelegenheiten auf öffentlichen Flächen, wie an Kalk-Post sollen nur für „erwünschte Personen“ sein, daher wäre eine große Außengastronomie besser, als drei öffentliche Bänke. Daher wollen wir an dieser Stelle, ein Gelände das über 100 Jahre nicht zugänglich war, den Menschen im Veedel zurückgeben und in einen schönen öffentlichen Raum verwandeln. Denn auch die bereits dort lebenden Menschen haben ein Recht auf Wohnen und das ist nicht begrenzt auf ein Dach über dem Kopf, sondern auch in einem ansprechenden Wohnumfeld zu finden. Die Menschen haben eben nicht nur ein Recht auf Wohnen, sondern auch ein Recht auf Stadt und wenn sich Vertreterinnen von Communities mit strukturell geringen Mitteln plötzlich dafür entscheiden, dass man etwas „Schönes“ wolle – und nicht etwas Nützliches, wie es Behörden und Autoritäten von diesen „ärmeren“ sozialen Gruppen erwarten würden, dann ist die Überraschung groß. Aber solche Forderungen nach einem Recht auf Schönheit, sind auch in Vingst und Höhenberg durchaus legitim.

Im bereits teilweise gentrifizierten Stadtteil Kalk hat sich seit Jahren die Gruppe „Mehr Grün in Kalk“ etabliert, die beispielsweise einfordert, dass auf dem Gelände der Hallen Kalk ein Naturraum entsteht. In Vingst und Höhenberg sind die Menschen noch nicht

dazu befähigt, ihre Wünsche öffentlich und wirksam zu artikulieren. Das heißt aber nicht, dass sie nicht vorhanden sind.

Über mögliche positive Auswirkungen einer großen Fläche mit Wald, Grünflächen, Spielflächen und Wasserflächen inklusive den von CDU und Grünen beschlossenen Kleinstgewässern, bezüglich Anpassung an den Klimawandel referieren wir hier nicht weiter, da diese Argumentation durchaus bekannt sein dürfte.

Einige Punkte aus der Vorlage möchten wir zum Schluss jedoch noch aufgreifen. Dort wird beispielsweise als Argument die wachsende Bevölkerung vorgebracht. Tatsächlich ist im Bezirk Kalk, wie in der Gesamtstadt die Bevölkerungszahl im zweiten Jahr hintereinander stark gesunken. (siehe auch Vorlage 2672/2022 Veranschlagung der bezirksorientierten Mittel für das Jahr 2023/2024)

Auch wird positiv dargestellt, dass das Kooperative Baulandmodell Anwendung fände. Sorry, das ist für uns selbstverständlich, denn dafür wurde es mit all seinen Mängeln aufgestellt. Was uns stört, ist, dass die darin festgeschriebene Minimalforderung nach gefördertem Wohnungsbau für die BPD Immobilienentwicklung GmbH, wie für alle ihre Mitbewerberinnen auf dem Markt augenscheinlich auch die Maximalvorgabe ist.

Mit freundlichen Grüßen



HP Fischer
Fraktionsvorsitzender

gez. Denis Badorf
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender